

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Hauptzolamts und des Bezirkschulamts zu Bautzen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindebehörden beschließender bestimmt Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage - Frau und Heim - Landwirtschaftliche Beilage. - Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. - Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsdirektionskasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Verlagspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Druckerei Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Welterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 46 mm breite einseitige Millimeterzeile 8 Pf. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Pf. Nachtrag nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 8

Donnerstag, den 10. Januar 1935

90. Jahrgang

Logeschau.

Mit der Zurückziehung der Polizeiposten auf dem linken Saarufer hat die Regierungskommission die Grenze freigegeben für die ungehinderte Tätigkeit lothringischer Kommunisten im Saargebiet. Das linke Saargebiet wurde bereits im kommunistischen Flugblättern überzogen. Zahlreiche Fernsprechanlagen wurden durchschnitten. Die Landräte sind sämtlich an der deutschen Grenze eingekerkert, die abgeriegelt ist.

Von französischer Seite werden die Angelegenheiten über angelegte militärische Maßnahmen an der lothringisch-saarländischen Grenze als unzureichend bezeichnet.

Nach Meldungen aus Genf ist der Zeitpunkt der endgültigen Völkerbundsentscheidung über die Saarabstimmung noch ungewiss.

Gegen die ehemaligen SPD-Führer Otto Weis, Jean Bogel, Max Braun u. a. ist bei der Staatsanwaltschaft Saarbrücken Strafantrag gestellt worden, weil sie das Vermögen ihrer deutschen Firma an ausländische Genossen verschoben haben.

Die Vereinbarungen in Rom, die Saarabstimmung und Abwicklungsbedingungen, die in der gestrigen dreitägigen englischen Kabinetsitzung Hauptgegenstände der Aussprache gebildet haben dürften, beherrschen auch die heutige Morgenpresse. Nach der „Times“ ist jedoch keine Entscheidung über die Lösung der Abwicklungsfrage getroffen worden, man habe aber eine Klärung der Angelegenheiten herbeigeführt.

In der französischen Rechtsprelle macht sich eine gewisse Dehnung vor einem englischen Druck auf Klärungsbestimmung geltend, den man kommen sieht. Derzeit scheint im „Echo de Paris“, die französische Regierung habe die Note Barthous vom 17. April fallen lassen. In der am 22. Dezember erfolgten Unterredung zwischen Flaminio, Caval und Simon habe letzterer ein Abrücken von der Note Barthous und Doumergues vom 17. April errichtet.

Der französische Kolonialminister erklärte in einer Rede, daß in Rom auf kolonialen Gebiet kein Opfer zugestanden worden sei.

In Ostpreußen hält der strenge Frost an. Den Kältereport hält sich mit 30 Grad. Die fließende Temperatur in Adolfsberg war 23 Grad. Ein Landweil, der unterwegs zusammenbrach, ist erstorben. Viele Brände sind auf dem Lande dadurch entstanden, daß man verbotene, eingetretene Wasserleitungen mit offenem Feuer aufzuklären.

Das Erdbeben am vergangenen Freitag hatte als Mittelpunkt die Inseln des Karibikmeeres. Es sollen 200 Häuser zerstört oder beschädigt sein. Es wird auch mit zahlreichen Todesopfern gerechnet.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Der Friede liegt an der Saar!

Die weltpolitische Entscheidung an der Saar am Sonntag findet die urdeutsche Saarbevölkerung in Disziplin und Gehorsamkeit. Ob Herr Heimburger als Vertreter der Völkerbundsregierung und Elsäßer nichtdeutschen Blutes die Landjäger aus dem südlichen Teil des Saargebietes entfernt, ob das Haus der Deutschen Front in Saarbrücken besetzt wurde, spielt im großen Geschehen doch nur die untergeordnete Rolle von Verzweiflungskriegen derer, denen die unerbittliche deutsche Haltung der Bevölkerung die französische bezahlte Rechnung verbar. Der Saarbevölkerung hat am gleichen Tage festgestellt, was ist und was sein wird. Die Provoaktionen bezahlter Elsäbinger und die Hoffnungen gewisser höchst kapitalistischer Kreise in Frankreich können an dem Aussagen nichts ändern und nichts bedeuten. Die Rückkehr der Saar ins Deutsche Reich ist eine Wiederherstellung des Unrechts, zu dem sich die Verfallener Konferenz auf Grund der Clemenceau-Fälschung von angeblich 150 000 Saardeutschen bewegen ließ, die man immer vergeblich mit der Lupe sucht. Nach der Entscheidung für Deutschland fällt aber auch die letzte deutsch-französische Auseinandersetzung über ein Gebiet, das stets zu Deutschland gehörte und folgerichtig ins Reich zurück will.

Im Vordergrund des letzten entscheidenden Stimmes steht die Überwindung der Separatisten oder, wie sie sich an der Saar karnen, der Statusquoisten. Jede Unterfütterung dieses Separatismus durch die Vertreter der französischen Propaganda ist an und für sich schon, ganz abgesehen von der sehr eindeutig deutschfeindlichen Haltung der Völkerbundsregierung, eine Verletzung der französischen Unparteilichkeit. Fünfzehn Jahre lang hatte die französische Regierung Zeit, moralische Groberungen zu machen. Wenn überhaupt ein urdeutscher Volkscharakter zu ändern wäre, müßten die Franzosen wenigstens einigermaßen sichbare Erfolge aufweisen können, aber es ist bezeichnend, daß selbst die ausschweifendsten französischen Hoffnungen die Aussicht aufgegeben haben, daß ein Teil der Saarbevölkerung für Frankreich stimmt, und daraus ergibt sich schon, daß der französische Anspruch auf das Saargebiet durchaus un-

rechtigt war. Aber wenn die Franzosen heute auffordern, für den Status quo zu stimmen, dann vermengen sie, wie der Saarbevölkerung die Bürde ausführt, ihre Position der angeblichen Unparteilichkeit mit parteilichen Tendenzen und die französische Groberverwahrung. Die deutsche Arbeiter erwacht, weil sie deutsch sind, ist die Trägerin dieser Parteilichkeit, die zudem unter verlogenen Vorwänden offensichtlichen Völkerverrat führt. Wir appellieren an jeden sich seiner Nation bewußten Franzosen, ob er es für richtig hielt, wenn in einem urfranzösischen Lande bei einer Abstimmung für oder gegen Deutschland sich die deutsche Regierung oder Regierungsorgane derartiger Gefügigkeit bedienen, wie die Groberverwaltung Frankreichs an der Saar! Wir appellieren daran, daß die Unterstützung des französischen Senders in Straßburg für die Statusquoisten gleichbedeutend ist mit einem Täuschungsversuch. Was am Rhein und in der Pfalz nach 1919 die Separatisten die Lage auszunutzen versuchten, gleich es mit französischem Gold, und gerade die Arbeiter und Bauern haben aus Blutsgefühl heraus diese Separatisten zu Paaren getrieben, unter der ausdrücklichen Zustimmung der damals marxistischen Reichsregierung. Da eine zweite Abstimmung an der Saar vom Dreierrat des Völkerbundes abgelehnt wurde und nicht einmal auf dem Stimmzettel vermerkt wird, daß eine Abstimmung für den Status quo eine solche nach sich zöge, sind die Anhänger des Status quo den Separatisten des Rheinlandes gleichzusetzen und damit ist das Urteil über sie gesprochen. Ihre Zwedlungen richten sich selbst. So, als ob bei einem Völkerverrat der Stimmen für die das Saargebiet gestellt würde, denn die absolute Mehrheit entscheidet. Nach dem Prinzip der Demokratie ist eine Opposition, die in der Minderheit bleibt, unterlegen und bei einer Mehrheit für Deutschland muß das gesamte Saargebiet zurück ins Reich! Diesen Tag und diese Stunde haben alle Parteien des deutschen Saargebietes erhofft, und wenn wenige Tage vor der Abstimmung eine hoffnungslose Minderheit sich zu Verzweiflungskriegen hinreißen läßt, dann wird die Saarbevölkerung wissen, aus welcher Bestimmung heraus diese Provoaktionen erfolg, und sie wird mit zusammengeschnittenen Zähnen ruhig und ohne die Nerven zu verlieren dieses Gefährde abwehren. Wenn französische Wirtschaftsgruppen sich ihrer bedienen, so wissen sie am besten, daß diese Provoaktionen verzweiflungsvolle Kreaturen sind, denen ein echter Franzose niemals außerhalb des Abstimmungsstempels die Hand reichen würde. Denn daß die Kommunisten und Marginalen an der Saar christlicher sind als die Reaktion, die das deutsche Volk einigte und christliche Grundzüge ihrer Politik zugrunde legt, glauben nur die ganz hoffnungslos dummen, und daß französische Wirtschaftsgruppen arbeitserfunderlicher seien als die Reichsregierung, die dem deutschen Arbeiter erst ein neues Selbstgefühl und ein neues Ethos gab, glauben nicht einmal ernstlich diejenigen, die mit solchen lügenhaften Schlagworten hausieren gehen. Sie sind und bleiben die beschämten Söldlinge des französischen Kapitalismus und werden nach ihrer Niederlage an der Saar erfah-

rungsgemäß von ihm gebührend behandelt, genau so wie die Rheinseparatisten nach ihrer Niederlage. Im politischen Kampf pflegt der Franzose solche Elemente zu benutzen, nachher aber wendet er sich mit jener Verachtung ab, die ein national Gefinnter - und die nationale Gefinnung ist im Franzosen außerordentlich stark entwickelt - gegenüber jedem Landesverräter als selbstverständlich betrachtet.

So sind die Provoaktionen dieser Separatisten vergebliche Desperado-Taten. Sie ändern am Schicksal der Saar nichts, die deutsch war und deutsch sein wird. Die Saar war der letzte Janzappel zwischen Frankreich und Deutschland, und nur die völlige Eingliederung der Saar in das Reich wird im Westen den Frieden sichern. Man muß den Volkswillen der Saarbevölkerung achten. Man erlebt, wie innerhalb der fünfzehn Jahre seit der Wille zur Heimkehr ins Reich sich mit Uragewalt durchsetzt. Wenn aber die Schlacht geschlagen ist, ist die Bahn frei für den Verständigungsfrieden mit Frankreich, für den der Führer und das deutsche Volk sich unentwegt einsetzten. Die Friedenspolitik mit Frankreich wird an der Saar mit einem deutschen Sieg geschlagen!

Völkerbundsrat und Saarabstimmung.

Genf, 10. Januar. (Fig. Funkmed.) Aus gut unterrichteten Kreisen des Völkerbundssekretariats wird bestätigt, daß der Zeitpunkt der endgültigen Völkerbundsentscheidung über die Saarabstimmung noch ganz ungewiß und vom Ausgang der Volksabstimmung abhängig ist. Ziel einer ganz klaren Abstimmung für Deutschland, die nirgends, auch nicht in Teilen des Saargebietes, Zweifel möglich macht, würde eine Entscheidung des Völkerbundsrates etwa acht Tage nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses möglich sein. Dann würde das Dreierkomitee sofort vom Rat mit der Ausarbeitung der endgültigen Vorschläge beauftragt werden. Gleichzeitig könnten die übrigen Maßnahmen zur Lieberleistung ohne Zögern in Angriff genommen werden. Sollten aber auf Grund des Wahlergebnisses Unklarheiten übrig bleiben, etwa durch kleine örtliche Mehrheiten für den Status quo, so müßte die Lage auf Grund der Vertrauensbestimmungen erst geprüft werden, was einige Zeit in Anspruch nehmen würde. Zuweilen wären diplomatische Sonderungen dann nicht ausgeschlossen. Für diesen Teil hält man es dann allerdings auch in Völkerbundsreisen für möglich, daß der Völkerbundsrat später, etwa im Februar, zur Entscheidung nochmals einberufen wird.

Auch in diesen vernünftigen französischen Kreisen verheißt man sich übrigens nicht, daß eine klare und lückenlose Mehrheit für Deutschland - wie die Dinge heute liegen - im Grunde auch den Interessen Frankreichs am besten entspricht. Man fürchtet in diesen Kreisen geradezu, daß kleine örtliche Status quo-Einprengel in völlig sinnloser Weise die Atmosphäre vergiften und die mahrende französische Politik, die heute eine schnelle Lösung der Saarfrage wünscht, aus ihrer Richtung drängen könnten.

Die Grenze frei - für Kommunisten.

Warum die Landjäger zurückgezogen wurden.

DRS. Saarbrücken, 9. Januar. Die Zurückziehung der Landjägerposten aus den Orten am linken Saarufer hat nunmehr dazu geführt, daß vom Mittwoch ab dieses ganze Gebiet schloß und die Grenze völlig offen ist. Man befürchtet insbesondere für den Wahlfesttag Ueberfälle lothringischer Kommunisten auf Wahllokale, und es hat schon seit Dienstag eine umfangreiche kommunistische Werbung in allen diesen Ortschaften eingesetzt. Die Kommunisten kommen mit Kraftwagen aus Lothringen und mit großen Mengen von Flugblättern herüber und überschwemmen die ganzen Ortschaften mit Flugblättern. Sie versuchen die ganze Bevölkerung auf dem linken Saarufer für den Status quo umzustimmen. Es handelt sich hier ganz zweifellos um eine Aktion, die vorher genau festgelegt und besprochen worden ist. Da die Separatisten und Emigranten einsehen, daß sie das Saargebiet als Wahl für sich nicht mehr lange behalten werden, hoffen sie, sich wenigstens den Teil links der Saar als ein gewisses „Indianerreservat“ dadurch sichern zu können, daß sie die Bevölkerung dieses Teils in den letzten Tagen vor der Abstimmung mit allen Mitteln bearbeiten und einschüchtern. Dazu gehört auch die Zurückziehung der Polizeiposten, die nun den Emigranten und Separatisten in diesem Teil des Saargebietes völlig freie Hand gibt. Es gehört dazu die Ein-

schüchterung der Bevölkerung durch die Drohung, es sei ein Einmarsch französischer Truppen zu befürchten, eine Drohung, an deren Wirklichkeit wir nicht glauben, die aber natürlich auf die Bevölkerung eine gewisse Wirkung nicht verfehlt.

Lothringische Kommunisten durchschneiden Fernspretleitungen.

DRS. Saarbrücken 9. Januar. In der Nacht zum Mittwoch sind in der Nähe von Fürstenthalten und in der Nähe von Beddingen, hauptsächlich auf dem linken Saarufer, von Kommunisten die Fernspretleitungen auf Strecken von mehreren hundert Metern durchschnitten und die Isolatoren herausgerissen worden, so daß die Ortschaften fernmündlich nicht erreichbar waren. Gleichzeitig wurden in Hülbringen (Kreis Merzig) 30 bis 35 Lothringer festgesetzt, die unter der Bevölkerung kommunistische Flugblätter für den Status quo verteilten. Die Ermittlungen haben weiterhin ergeben, daß allein im Kreis Saarbrücken-Land 26 verschiedene Landjägerposten geschlossen und die Grenzwachhäuser verschlossen und teilweise sogar zugemauert worden waren. Die Landjäger sind sämtlich an der deutschen Grenze eingekerkert worden, wo die Bewachung überall außerordentlich verstärkt worden ist.